

Wer kennt nicht die Freiheitsstatue, die die Besucher in New York schon von ferne begrüßt? Kaum mehr bekannt ist hingegen ihr Pendant in San Francisco an der Westküste: „Die Statue für unseren Hafen“. Sie gab es allerdings nur als Skizze: Die kolorierte Zeichnung erschien 1881, angefertigt von George Keller, einem Einwanderer aus Preußen. Die Statue trägt weder die Unabhängigkeitserklärung im Arm, noch heißt sie die Ankömmlinge willkommen. Ganz im Gegenteil: Sie zeigt einen chinesischen „Kuli“ mit langem Zopf und zerrissenen Kleidern. Zu seinen Füßen nicht die zerbrochenen Ketten der Unterdrückung, sondern ein Heer von dreckigen, ansteckenden Ratten. Die fremdenfeindlichen Parolen, mit denen damals in Kalifornien Stimmung gegen die chinesischen Einwanderer gemacht wurde, griffen stets auf ein Vokabular der Bazillen, der Übertragung von Krankheiten, der Ausbreitung von Epidemien zurück. Auch in Kellers Karikatur zeigt die Fackel nicht den Weg in die Freiheit, sondern kündigt Unheil an: „Schmutz“, „Sittenlosigkeit“ und „Krankheit“.

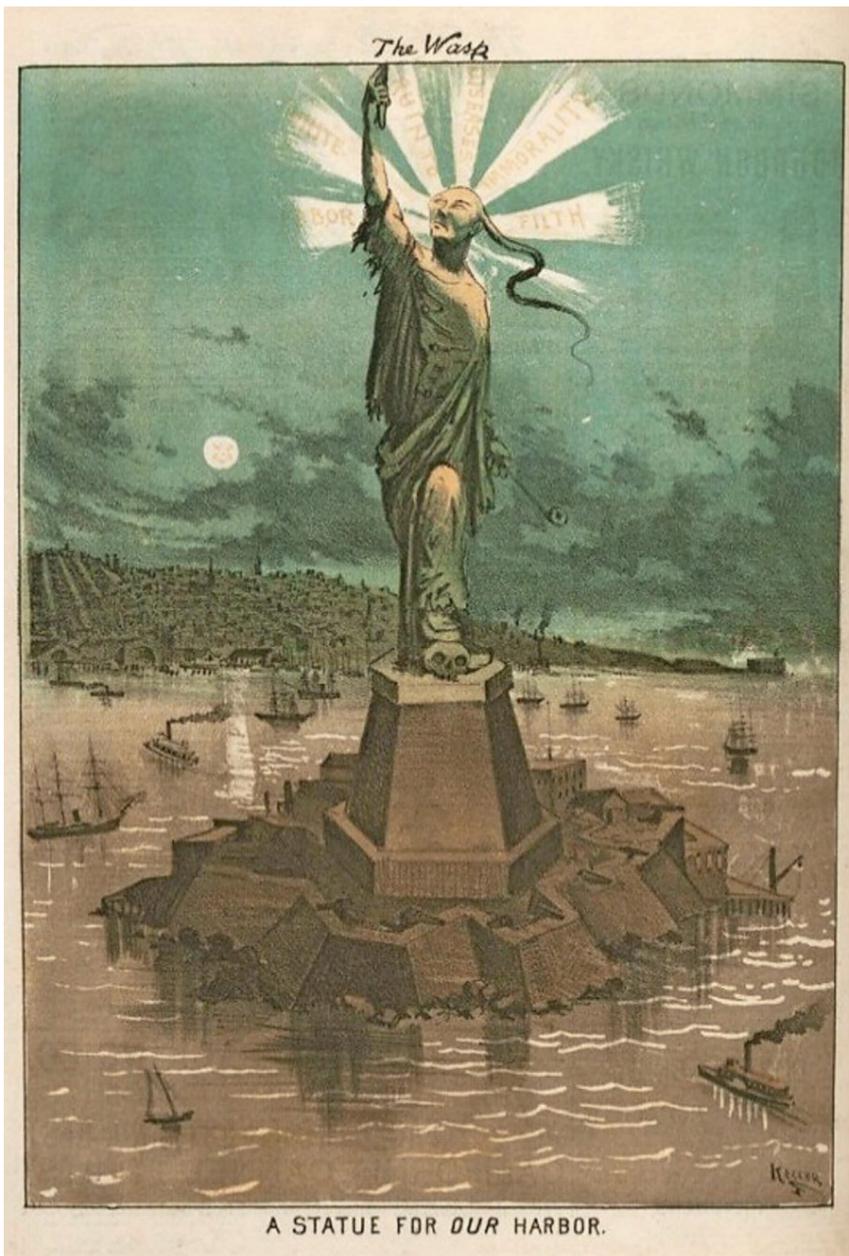
Als der amerikanische Präsident Donald Trump im März 2020 die Ausbreitung der Corona-Epidemie als „China Virus“ bezeichnete, war das mithin weder neu noch originell. Trump bediente sich einer Bildersprache und Assoziationsketten, die bis ins 19. Jahrhundert zurückreichen. Er war auch keineswegs der Einzige. In vielen Ländern wurden antichinesische Stereotype wieder abgerufen und fanden ungefiltert Eingang in die öffentliche Debatte. In Deutschland brachte der Spiegel die Ressentiments mit seinem Titelbild – „Corona-Virus: Made in China“ – auf den unrühmlichen Punkt.

Gegenwärtig kursieren aber noch weit mehr Ängste, die auf China bezogen sind. Corona ist da nur ein Kapitel unter vielen. Im Vordergrund steht meist die Befürchtung, die chinesische Wirtschaft könnte die europäische überrollen und deutsche Unternehmen in ihrer Existenz gefährden oder einfach aufkaufen. Hinzu kommt das Unbehagen angesichts der Konkurrenz durch ein nichtliberales System. Die „One belt one road“-Initiative, auch bekannt unter dem Namen „Neue Seidenstraße“, droht neue politische Abhängigkeiten zu schaffen. Die Sorge vor digitaler Unterwanderung lässt sich an den Stichworten 5G, Huawei und Tik-Tok festmachen. Die Furcht vor einer weiteren Expansion im Südchinesischen Meer, die auch eine militärische Intervention nicht ausschließt, ist seit einigen Jahren präsent.

All diese Ängste und Bedenken sind keineswegs aus der Luft gegriffen. Mit seinen autoritären Maßnahmen im Innern und seiner zunehmend aggressiven Außen- und Handelspolitik gibt China ausreichend Anlass zu Kritik und Wachsamkeit. Renommierete Zeitungen sind voll von Analysen, die diesen Sachverhalt auf den Grund gehen. Darum soll es hier nicht noch einmal gehen. Stattdessen soll ein Thema in den Vordergrund gerückt werden, das dabei meist ausgeblendet wird: die Beobachtung nämlich, dass es im westlichen China-Diskurs nie ausschließlich um die Konfrontation durch chinesische Politik und Wirtschaft ging; immer standen auch Deutschland, Europa, ja der „Westen“ selbst auf der Agenda. Der Verweis auf „China“ diente stets dazu, das eigene Selbstverständnis mit zu verhandeln. Diese Dimension des China-Diskurses soll im Folgenden ausgelotet werden.

Die tiefere Bedeutung dieser Eigen- und Fremdwahrnehmung lässt sich erst dann ermessen, wenn man sie im Zusammenhang sieht und mit langem Atem betrachtet. Erst in historischer Perspektive wird deutlich, wie weit viele der verwendeten Bilder, Metaphern und Argumentationsmuster in die Geschichte zurückreichen. Sie gehören seit Langem zum kollektiven Gedächtnis westlicher Gesellschaften. Wer an sie anschließt, operiert auf dem Boden kultureller Sedimente, die fortwirken, und knüpft an länger wirksame „Zeitschichten“ an, wie der Historiker Reinhart Koselleck das nannte. Zudem war der westliche China-Diskurs stets eines der wichtigsten Felder, auf denen die Erfahrung der Globalisierung stellvertretend ausgehandelt wurde. Die eigene Rolle in einer zunehmend vernetzten Welt zu bestimmen, das lief in diesen Diskussionen immer als Subtext mit. Das gegenwärtige Chinabild lässt sich daher nur verstehen, wenn man es – auch – als Teil einer Auseinandersetzung mit der Rolle Deutschlands und Europas in der Welt begreift.

Um mit dem ersten Punkt zu beginnen: Viele der antichinesischen Stereotype, denen man auch heute begegnen kann, wirken auf unheimliche Weise vertraut. Die eigentliche Hochphase entsprechender Bedrohungsszenarien setzte nämlich nicht mit der Weltfinanzkrise 2008 ein, sondern vor mehr als hundert Jahren. Schon damals trat der Topos der „Gelben Gefahr“ seinen Siegeszug an. Der Chefpropagandist dieses Stereotyps war der deutsche Kaiser Wilhelm II. Er fertigte eine häufig reproduzierte Zeichnung an, in der die „Völker Europas“ aufgerufen wurden, sich gegen die Bedrohung aus dem Osten zur Wehr zu setzen, und schickte deutsche Soldaten mit den berühmtesten Formulierungen der sogenannten „Hunnenrede“ („Pardon wird nicht gegeben; Gefangene nicht gemacht“) auf den Weg nach China. Sie hinterließen dort im sogenannten Boxerkrieg (1899 – 1901) eine Spur der Verwüstung.



Weder neu noch originell: Entwurf einer Statue mit antichinesischen Stereotypen (1881)

Foto Mauritus

Die Gelbe Gefahr 2.0

Gefahr oder Erlösung? Seit mehr als einhundert Jahren changiert das Bild, das man sich in der westlichen Welt von dem gewaltigen „Reich der Mitte“ macht. Woran liegt es, dass die Perspektiven immer wieder wechseln?

Von Professor Dr. Sebastian Conrad

Die Rede von der „Gelben Gefahr“ nahm so gut wie alles vorweg, was auch heute an Befürchtungen und Bildern aufgeföhren wird. Alles kreist um die Angst vor politisch-militärischer, ökonomischer, demographischer und bakterieller Bedrohung für Deutschland, das Abendland oder den „Westen“. Die Rhetorik war militanter und offener rassistisch als heute; gleichwohl sind die Ähnlichkeiten aufschlussreich. Es lohnt sich daher, einen kurzen Blick auf alle vier Felder zu werfen.

Das Schreckgespenst einer militärischen Intervention des „chinesischen Riesenreiches“ war vor allem in Australien virulent. Dort kulminierte die antichinesische Stimmung im Jahr 1888 in der sogenannten „Chinese Crisis“. Sie führte zu neuen Gesetzen, die chinesische Einwanderung fortan erschwerten bis unmöglich machten. Aber auch in Deutschland wurde die These diskutiert, dass sich „die gelbe Rasse ... zum Kampfe um die Weltherrschaft“ rüste, vor allem in der konservativen Presse. Nach 1905 und dem japanischen Erfolg über Russland wurde die Sorge vor einer militärischen Bedrohung häufiger geäußert, in den Niederungen der Publizistik regelmäßig in militant-rassistischer Rhetorik, etwa bei dem Direktor des Wiesbadener Stadtarchivs Christian Spielmann: „Von Osten droht die Gefahr durch die neuen Tschingiskhane; über kurz oder lang wird sie hereinbrechen. Schließt euch zusammen, arische Völker Europas, euer Rassen- und Herrentum zu verteidigen; trefft eure Vorkehrungen, ehe es zu spät ist!“

Deutlich nüchterner fielen die Formulierungen aus, wenn die wirtschaftliche Konkurrenz aus China thematisiert wur-

de. Schon in den 1890er-Jahren entwickelte sich in Deutschland eine Debatte über die Industrialisierung Ostasiens und die Chancen und Probleme, die damit für Europa verbunden wären. Einige der bekanntesten Ökonomen, darunter Gustav Schmoller und Adolf Wagner, malten das Gespenst einer wirtschaftlichen „Gelben Gefahr“ an die Wand und warnen vor dem Erstarken Chinas als neuem Konkurrenten auf dem Weltmarkt. Auch hier handelte es sich nicht um eine deutsche, sondern um eine internationale Diskussion. Mitte der 1890er-Jahre schickten mehrere Industrieländer – neben Deutschland auch Großbritannien, Frankreich und die Vereinigten Staaten – jeweils Delegationen nach Ostasien, um sich vor Ort ein Bild zu machen. Die Rückmeldungen waren allerdings erst einmal beruhigend: Eine eigentliche wirtschaftliche Bedrohung bestehe nicht; vielmehr lockten immense Absatzmärkte.

Während die Fachleute also gelassen reagierten, wurde die „Gelbe Gefahr“ an den Stammtischen und in der populären Presse als eine demographische Bedrohung aufgefasst. „Wie eine menschliche Heuschreckenplage“, so hieß es martialisches in der Zeitschrift „Ostasien“, „werden die Chinesen ... immer weiterdringen ... bis der letzte freie deutsche Arbeiter aus Verzweiflung seine Schnapsflasche mit der Opiumpeife vertauscht und die letzte Berliner Wäscherin sich an ihrer Wäscheleine erhängt hat.“ Der Zentrumspolitiker Franz Hitze sah sogar „einen Zusammenstoß“ voraus, „wie ihn die Menschheit noch nie gesehen hat ... ohne „Zerquetschung“ ganzer Völker wird's wahrscheinlich nicht abgehen“.

Die Rede war von den asiatischen „Millionenmassen“, die sich nach Europa in Bewegung setzten. Während heutzutage die Überflutung mit chinesischen Billigprodukten an die Wand gemalt wird, war es damals die Überflutung mit Arbeit.

Die Furcht vor der chinesischen Mobilität schließlich, die immer wieder in Metaphern der Woge, der Welle oder der Flut umschrieben wurde, war eng verbunden mit der Warnung vor Chinesen als Träger von Krankheiten. Beispielsweise wurde den chinesischen Wäschern in Kalifornien vorgeworfen, die Kleidungsstücke mit bakterieninfiziertem Speichel zu befeuchten und so ihre amerikanischen Kunden bewusst anzustecken. Mangelnde Hygiene, Ansteckung, die Invasion von Bakterien, das „Einschleppen“ von Epidemien: Besonders in den Ländern wie Australien und den Vereinigten Staaten, die chinesische Arbeitsmigranten rekrutierten, wurden rassistische Stereotype häufig in das neutralere Vokabular der Gesundheit gekleidet.

Manches klingt wie ein Déjà-vu, wie eine Vorwegnahme aktueller Debatten. Nichts Neues also unter der Sonne? Die aktuelle Kritik an der chinesischen Textilindustrie im italienischen Prato – ist sie nur eine Variante des alten Stereotyps, dass „der Chinese als Arbeiter einen Fluch auf sein Arbeitsgebiet bringt. Wo der Chinese hinkommt, da kann der weiße Arbeiter nicht mehr mit gleichem Bewusstsein der Arbeitsehre wirken“? Die Diskussion über das österreichische Hallstatt – ein pittoreskes Städtchen von

780 Einwohnern, das in China nicht nur eins zu eins nachgebaut wurde, sondern Jahr für Jahr Hunderttausende chinesischer Touristen anzieht und nun nach Strategien sucht, die Masse der Schaulustigen wieder einzugrenzen – diese Diskussion also lediglich ein Replay der alten Sorge, demographisch „überannt“ zu werden? Der Rassismus, dem viele Chinesen (und andere Menschen aus Asien) sich in der Corona-Zeit ausgesetzt sahen: aus der Wilhelminischen Epoche nur geborgt? Der heutige China-Diskurs lediglich ein Wiederaufguss, „Gelbe Gefahr“ reloaded?

Ja und nein. In der Tat greifen viele der gegenwärtig mobilisierten Vorbehalte auf ältere Topoi zurück, auch wenn die Rhetorik nicht mehr die gleiche ist. Es wäre jedoch voreilig, daraus eine lange, ununterbrochene Geschichte der China-Phobie zu konstruieren. Die europäische China-Wahrnehmung war keineswegs durchgängig negativ. China stand für eine diffuse Bedrohung, konnte aber umgekehrt auch ein Sehnsuchtsort sein.

In der Tat verbanden sich mit dem „Reich der Mitte“ häufig die größten Erwartungen, Erwartungen von bisweilen geradezu utopischen Ausmaßen. Die Begeisterung der europäischen Aufklärung für den wohlgeordneten, rationalen und meritokratisch organisierten chinesischen Staat ist weithin bekannt. China wurde als idealisiertes Vorbild und zugleich als Gegenpol zum autoritären, verkümmerten absolutistischen Staat in Europa ins Feld geführt. Sogar der britische Lord Macartney, dessen Gesandtschaft 1793 den chinesischen Hof erreichte, beschrieb im Rückblick seine Begegnung mit Kaiser Qianlong mit den Worten: „Ich habe ‚König Salomo in all seiner Herrlichkeit‘ erlebt.“

Auch die Hoffnungen, die sich auf den angeblich unermesslichen chinesischen Markt richteten, haben eine lange Geschichte. Sie muteten allerdings lange Zeit fantastisch an. Seit dem frühen 19. Jahrhundert träumte man in Europa von den schier unendlichen Absatzmärkten in Fernost. Wenn jeder der Millionen Konsumenten dort seinen Anzug auch nur um einen Zentimeter verlängern würde, so rasierte man in Nordamerika, würde das die heimische Textilindustrie das ganze Jahr in Lohn und Brot halten. China als ökonomischer Schutzschirm, als Geldregen – ein Mythos, eine lange Zeit unerfüllte Hoffnung.

Im 20. Jahrhundert war das Versprechen der Weltrevolution, das Maoisten in der ganzen Welt mit China verbanden, eine weitere derartige Utopie. Insgesamt stand China für Gefahr, für „Überflutung“ – aber eben auch für säkulare Varianten der Erlösung.

Je nach Kontext variierte also das Bild, das man sich in Deutschland und Europa von China machte. Je nach Zeitpunkt und Interessen konnten Begeisterung oder Abscheu dominieren. Bisweilen bezogen sich die gegensätzlichen Urteile auch auf den identischen Sachverhalt. Ein Beispiel: Als Lord Macartney 1793 nach langer Vorbereitung und ebenso langer Seereise im Reich der Qing ankam, fand er ein Land vor, das ihm als Garten Eden erschien. Ganz verzaubert blickte er auf Menschen, Dörfer, Landschaften, die noch nie ein Europäer gesehen hatte. Seine Begeisterung kannte keine Grenzen. Sie erstreckte sich auf die Idylle der Felder und Siedlungen ebenso wie auf die Schönheit der Menschen. Er zitierte Miranda aus Shakespeares „Sturm“, als er in sein Tagebuch schrieb: „Oh wie herrlich die Menschheit doch ist!“

Ganz anders, nur ein paar Jahrzehnte später, die Mitglieder der zweiten Delegation, die unter der Leitung von Lord Amherst 1816 in Peking ankam: Den Reiseberichten, die dabei entstanden, fehlte jede Spur von Enthusiasmus. Kein Staunen, keine Neugier, keine Bewunderung; stattdessen Ernüchterung, ja Langeweile. Das fünfhundert Seiten starke Werk von Amhersts Sekretär Henry Ellis, in dem er die gleichen Landschaften beschrieb, die Macartney nur wenige Jahre zuvor noch so bewundert hatte, kam zu dem lakonischen Schluss, China sei ein „merkwürdiges, aber uninteressantes“ Land. Bestenfalls. „Das Land sah miserabel aus“, klagte der Missionar Robert Morris, der ebenfalls der Delegation angehörte: „Nichts als niedrige Lehmbütten.“ Wo Macartney noch mit Sehnsucht auf eine neue Welt geblickt hatte, erkannte Morrison lediglich Schmutz, Dunkelheit und Heiden.

Woran lag es, dass die Perspektiven wechselten? Welches Chinabild war jeweils gerade vorherrschend und warum? Das war keineswegs zufällig. Es war auch nicht etwa das Ergebnis einer beinahe gesetzmäßigen Abfolge unterschiedlicher Phasen positiver und negativer Berichterstattung, wie man lange gemeint hat, eines Pendelns zwischen Sinophilie und Sinophobie. Stattdessen, und damit kommen wir nun zum zweiten Argument, erschließt sich die jeweilige Mobilisierung der Chinabilder erst dann, wenn man sie auch als Stellvertreterdiskurse versteht. Denn häufig ging es gar nicht in erster Linie um Ostasien, sondern um die jeweilige Verortung der eigenen Gesellschaft in größeren Zusammenhängen. „China“ wurde damit auch zu einer Kulisse, vor der die eigene Position in der Welt ausgehandelt wurde.

Das heißt, mit anderen Worten, dass die Rede von China sich nie nur auf das Reich der Qing oder den Staat Maos bezog, sondern stets auch eine Nabelschau war. Von China zu sprechen, hieß immer auch, die Rolle der eigenen Nation in der geopolitischen Ordnung zu reflektieren, hieß, eigene Globalisierungserfahrungen zu bündeln. Gewiss war China

nicht die einzig mögliche Globalisierungs-Chiffre. Aber im westlichen Diskurs über das Fremde nahm das Land doch einen besonderen Platz ein. In ihm drückte sich die Überzeugung aus, dass sich Globalisierung als Auseinandersetzung von „Kulturen“ verstehen ließe. China stand für das ganz Andere, für radikale Alterität. „Gelb seid ihr! und gelb bleibt ihr!“, brachte Kaiser Wilhelm II, etwas hemdsärmelig, seine selbstgestaltete Kulturtheorie auf den Punkt. Aber auch der viel nüchternere Soziologe Max Weber bezog sich auf China als Ort größtmöglicher kultureller Distanz: Objektiv sei ein Argument erst dann, befand Weber, wenn es „auch von einem Chinesen als richtig anerkannt“ werde. Er hätte auch „Alien“ sagen können.

Insofern verrät die Art und Weise, wie China in der öffentlichen Diskussion vorkommt, viel über die eigene Positionierung im geopolitischen Gefüge, über die eigene Rolle im Globalisierungsprozess. So zeugte der optimistische Blick, den die Vertreter des Centralverbandes der deutschen Industrie in den 1890er-Jahren nach China richteten, von der relativen Stärke der deutschen Exportwirtschaft in der wilhelminischen Epoche. Deutschland und die Vereinigten Staaten waren drauf und dran, England als stärkste Wirtschaftsation zu überrunden.

Die Agrarier und auch die Industrie- und Arbeiterklasse hingegen hatten mehr zu verlieren. Der Sozialdemokrat August Bebel warnte daher in einer großen Rede im Reichstag 1898 vor dem „Sturm der Entrüstung“, der „in der gesamten deutschen Arbeiterklasse ... sich erheben würde“, falls tatsächlich den „anspruchslosen, fleißigen, bescheidenen, sich alles gefallen lassenden chinesischen Arbeitern“ der Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt eröffnet würde. Umgekehrt sprechen die heutigen Gesetze gegen die Übernahme deutscher durch chinesische Unternehmen Bände über das schwindende Vertrauen, die Position als „Exportweltmeister“ halten zu können.

Noch einmal: Es soll keineswegs bezweifelt werden, dass die Kritik an Chinas Politik, etwa in Xinjiang, Hongkong oder dem Südchinesischen Meer, nicht am Platz ist. Das ist eine andere Diskussion. Hier geht es darum, dass die Form, in der die Kritik formuliert wird, nämlich als Konflikt zwischen unterschiedlichen Kulturen, sich nicht selten mit Anliegen vermischt, die mit Ostasien gar nicht in erster Linie zu tun haben.

In dieser Hinsicht ist sie historisch besonders interessant. Nicht immer war nur von China die Rede, wenn über China gesprochen wurde. Häufig stellt der China-Diskurs vielmehr auch ein Vokabular zur Verfügung, mit dem ganz andere gesellschaftliche Konflikte verhandelt wurden – und werden.

In der Zeit des Kaiserreichs, um das an einem historischen Beispiel zu verdeutlichen, konnte das etwa die Stellung der Juden betreffen. So überschritten sich im nationalistischen Diskurs antichinesische und antijüdische Stereotype. Beide Gruppen wurden häufig miteinander verglichen, auch wenn behauptet wurde, ihre wirtschaftliche Tüchtigkeit mache die Chinesen zu „einem weit gefährlicheren Volk als die Juden“. Vor dem Hintergrund der strengen Maßnahmen, die in den Vereinigten Staaten und Australien gegen chinesische Migration getroffen wurden, griff die antisemitische Presse bereitwillig auf antichinesische Rhetorik zurück und übertrug diese auf Juden.

Die Rede von der „Gelben Gefahr“ stellte auf diese Weise einen Teil jenes Vokabulars zur Verfügung, in dem auch die biologische und rassistische Aufladung des Antisemitismus, die üblicherweise in die 1890er-Jahre datiert wird, ausgedrückt werden konnte. So sah die antisemitische Presse zwischen „dem nordamerikanischen Einwanderungsverbot der Chinesen“ und „dem geforderten Judenverbot“ in Deutschland „willkommene Parallelen“. Auch die Ausweisung von Juden wurde gefordert. Die diffuse, aber international anschlussfähige Furcht vor chinesischer Migration trat also dazu bei, Diskriminierung und Ausschluss im Innern zu legitimieren.

Die heutige Situation ist in vielerlei Hinsicht ganz anders gelagert. Seit 1978 hat sich China dramatisch gewandelt. Der chinesische Markt ist keine utopische Vision mehr, sondern für Unternehmen wie VW eine profitable Realität. Der wirtschaftliche Aufstieg machte auch ein selbstbewussteres, in letzter Zeit auch aggressiveres chinesisches Auftreten möglich, vom Südchinesischen Meer bis nach Afrika. China ist heute eine Hegemonialmacht, mit ganz anderen Ambitionen als in der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg. Man kann daher die Reaktionen auch nicht eins zu eins übertragen.

Trotzdem bleibt auffällig, wie sich bestimmte Mechanismen ähneln, auch wenn sie inhaltlich anders gefüllt werden. Im Innern wird in Deutschland die Frage der Zugehörigkeit und Ausgrenzung inzwischen im Rahmen der Islam-Debatte – markiert vom 11. September 2001 und dem „Sommer der Flucht“ 2015 – diskutiert, als gesellschaftliche Sollbruchstelle, an der die innere Grenzziehung ausgefochten wird. Für die nach außen gerichteten Hoffnungen und Befürchtungen, für die Ängste und Erwartungen, die sich mit der Globalisierung verbinden, bleibt China hingegen der symbolische Ort.



Der Verfasser lehrt „Global History“ am Friedrich-Meinecke-Institut der FU Berlin.